

# UNRUHEHERD

Wien - Jahr 2 - erscheint regelmäßig - Ausgabe 8 - April 2016



## Schwendermarkt-Grätzl im 15. Bezirk soll „aufgewertet“ werden...

Mitte März wurde von der SPÖ bekanntgegeben, dass das Grätzl um den alten Markt durch Förderungen der Gemeinde Wien „aufgewertet“ werden soll. Konkret heißt das, dass heruntergekommene Fassaden von Wohn- und Geschäftshäusern saniert werden sollen, ganze Wohnblocks renoviert und mehr Grünflächen entstehen sollen. Die Eigentümer bekommen eine spezielle Förderung, wenn sie sich im Gegenzug dazu verpflichten, den Mietzins für 15 Jahre nicht anzuheben. Das klingt ja erstmal nicht so schlecht oder? Aber was heißt diese „Aufwertung“ konkret für die Menschen, die dort leben? Längerfristig zielt diese Entwicklung dennoch darauf ab, die ärmeren Schichten aus der Gegend um den kaum mehr genutzten Westbahnhof zu vertreiben. Denn auf dem riesigen Westbahnhof-Areal soll in Zukunft ein neuer Stadtteil für Reiche entstehen – mit schönen Betonklotz-Glas-Bauten mit Tiefgarage und teuren Mieten für diejenigen, die sie sich leisten können. Da wäre das angrenzende Viertel um den Schwendermarkt natürlich – so wie es sich im Moment präsentiert – ein Schandfleck für die Augen der Reichen: Graffiti und Parolen, heruntergekommene Fassaden, Hundescheiße und Mist auf den Straßen. Nicht zu vergessen die Leute, die nicht genug Kohle haben, um in einem solchen Betonklotz zu wohnen. Die Errichtung der Luxus-Wohnungen auf dem Westbahndareal, was vielmehr der Entstehung eines komplett neuen Stadtteils gleich kommt, könnte laut Sprechern der Gemeinde Wien mindestens 10-15 Jahre dauern. Genau die Zeitspanne also, ab der dann die Eigentümer nicht mehr vertraglich an den aktuellen Mietzins gebunden wären und somit munter größere Profite im aufgewerteten Viertel einstreichen können – ein Gewinn für alle beteiligten Eigentümer, zum Schaden der ärmeren Bevölkerung und derer, die kaum etwas besitzen und von der Hand in den Mund leben.

Die Propaganda der Stadtverwaltung besagt, dass die Sanierung der Gegend ausschließlich positive Entwicklungen für die Bevölkerung bereithält. Das stimmt, allerdings nur für die zukünftigen reichen BewohnerInnen. Eine Stadtverwaltung, die das Funktionieren der Stadt Wien als „Firma“ im Kapitalismus gewährleisten muss, kann auch kaum anders handeln, als sich auf die Seite von Eigentum und Kapital zu stellen. So geben sie eine Art „Gnadenfrist“ von 15 Jahren, wobei ihnen natürlich klar ist, dass anschließend der freie Markt die Angelegenheit erledigen wird. Zur Verteidigung des Projekts sagte der Bezirksvorsteher Gerhard Zatlöckl (SPÖ), man werde in der Zwischenzeit ein neues „mieterfreundliches Mietrechtsgesetz erkämpfen“. Wie der „Kampf“ der etablierten Parteien jedoch schon immer ausgesehen hat, heißt das lediglich, dass den betroffenen Menschen gerade soviel zugestanden wird, dass es sich mit der monatlichen Kohle gerade so ausgeht und sie nicht anfangen, dagegen zu rebellieren – und den Eigentümern und Investoren wird der Rücken gestärkt. Diese Grätzlverwaltung hat vielmehr den Begriff der Armutsverwaltung verdient...

## Endlich eine grundlegende Veränderung!

Am 24. April wird in Österreich der Bundespräsident gewählt – ein Grund zum Feiern! Endlich wird erneut aus einer kleinen Anzahl von Leuten ausgewählt, wer Verfügungsgewalt über uns alle haben wird und wer damit an der Spitze unserer Nation steht! Wir sollten Partys und Feste veranstalten, denn endlich wird sich durch einen neuen Kandidaten unser aller Wohl verbessern, ja gar ins Unermessliche steigern! Keine Ausbeutung wird mehr existieren, kein Krieg, das „Problem“ mit den Flüchtlingen wird sich erledigen und alles wird grundsätzlich anders sein als zuvor! Der starke Mann an der Spitze wird das schon machen! Das ist offensichtlich und es kann nicht dagegen argumentiert werden, denn die Geschichte zeigt, dass seit die demokratischen Wahlen existieren, nach einer Wahl immer eine komplette Veränderung und Verbesserung unserer Lebensbedingungen geschah! Wir können uns also entspannt in unseren gemütlichen Sessel zurücklehnen und andere für uns handeln lassen, damit sich die Lebensumstände aller verbessern! Ein Hoch auf die Demokratie! Machen wir weiter wie bisher und sorgen wir dafür, dass auch in Zukunft die Wahlen eine so drastische Auswirkung auf unser Leben haben mögen, wie bereits seit 150 Jahren!

**Ein Hoch auf die Demokratie! Ein Hoch auf das Wahlvieh!  
Ein Hoch auf die Dummheit!**

## Reaktorunfall im Atomkraftwerk!

*Bei der aktuellen Misere und den beschissenen Entwicklungen in ganz Europa gerät das Thema „Atomkraftwerke“ zusehends aus dem Fokus der Öffentlichkeit. Nun erregt eine heikle Information wieder die Gemüter: Mitte März 2016 wurde bekannt, dass die französische Atomenergiebehörde einen gravierenden Zwischenfall im Kraftwerk Fessenheim (10km bis zur deutschen Grenze) fast zwei Jahre lang verschwieg. Dort waren bereits am 9. April 2014 (!) die elektrischen Steuereinrichtungen des Reaktors durch einen technischen Defekt mit Wasser geflutet worden - der Reaktor konnte nicht mehr gesteuert werden und erhitze sich binnen 3 Minuten auf eine kritische Temperatur, die beinahe zur Kernschmelze geführt hätte - mit ähnlichen Ergebnissen wie 1986 in Tschernobyl oder 2011 die Explosionen in Fukushima.*

Die TechnikerInnen konnten im wahrsten Sinne des Wortes in letzter Minute eine größere Menge des chemischen Elements Bor in den Reaktorkern einbringen, was die Kernschmelze und somit den Super-GAU gerade noch rechtzeitig verhinderte. Einem internen Bericht eines Mitarbeiters des Kraftwerks Fessenheim zufolge, seien die Notstromdieselaggregate in mehreren Atomkraftwerken in Frankreich in einem „inakzeptablen Zustand“ - sie sind im Falle eines technischen Defekts für das Herunterfahren des Reaktors zuständig...

Was hat das mit Österreich zu tun? Diese Frage ist falsch gestellt. Jedes Kind weiß, dass nukleare Strahlung nicht an den Nationalgrenzen haltmacht – ganz egal ob da aktuell Zäune und Selbstschussanlagen gebaut werden oder nicht. Die Strahlung breitet sich über Wind und Wetter über den ganzen Planeten aus, bereits beim Tschernobyl-Unfall 1986 war vor allem der nördliche Teil Österreichs von saurem Regen betroffen und noch heute ist dort die Erkrankungsrate der Bevölkerung an Krebs wesentlich höher als in anderen Gegenden von Österreich. Auch wurden bereits ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima radioaktive, krebserregende Teilchen überall auf dem Planeten nachgewiesen, sogar in der Antarktis, die eindeutig aus dem japanischen Reaktor stammen und auch wenn Österreich (mittlerweile) keine Atomkraftwerke selbst betreibt, ist die Gefahr natürlich nicht gebannt. Übrigens bezieht Österreich sehr viel von seinem benötigten Strom aus dem Ausland – und oft auch Atomstrom. Ebenso gibt es beispielsweise im Wiener Prater einen Forschungsreaktor des Atominstututs, wo zwar keine Energie erzeugt wird, allerdings Versuche und Forschungen durchgeführt werden (u.A. kern- und materialtechnische Untersuchungen, Isotopenproduktion für Medizin und Technik). Die Funktionsweise ist dabei ähnlich wie bei einem Kernkraftwerk, ebenso ähnlich ist dementsprechend die Gefährlichkeit dieser todbringenden Technologie.

Nun sind diese Tatsachen durchaus nichts Neues, auch die Vertuschungsversuche durch die Betreiber und die Politik überraschen kaum. Die Atomenergie ist eine gewinnträchtige Branche, ganz egal ob es sich um den direkten Betrieb eines Kraftwerks, die Zulieferungs- und Wartungsarbeiten oder die anschließende Lagerung des Atommölls handelt. Private Firmen und staatliche Betriebe verdienen fleißig und das soll auch in Zukunft so bleiben: ein Beispiel dafür sind die bereits erwähnten desolaten Notstromaggregate, deren

Reparatur und Verbesserung den Profiteuren der Atomenergie wohl zu kostspielig ist... Diese Arschlöcher nehmen bewusst Super-GAU, radioaktive Verseuchung und den Tod von Millionen Menschen in Kauf – zur Steigerung und Erhaltung ihres Profits. Es wundert bei diesem Ausmaß der Ignoranz kaum, wenn wie in Italien vor einigen Jahren, physische Gewalt gegen die Bosse und Verantwortlichen der Atomindustrie angewendet wird – gegen jene, die die Gewalt Tag für Tag produzieren und verantworten. Zwei Anarchisten suchten einen von ihnen zu Hause auf und schossen ihm in die Knie, sie wurden anschließend allerdings geschlappt und befinden sich aktuell im Gefängnis. Es glauben eben nicht Alle an die Wirksamkeit von friedlichen Protesten und Petitionen...

## SpezialistInnen und Wir

Die Atomenergie basiert auf dem ExpertInnentum und der Autorität. Der Autorität, die behauptet, wir würden die komplexen Abläufe nicht verstehen können, die beim Betrieb eines Kraftwerks eine Rolle spielen, da wir eben keine SpezialistInnen sind. Meiner Meinung nach ist es vollkommen unmöglich, ein Atomkraftwerk auf antiautoritäre und unschädliche Art und Weise zu betreiben, einerseits weil die Konsequenzen von Unfällen und von Atommüll den ganzen Planeten betreffen, andererseits weil es sich um tickende Zeitbomben handeln, die von einigen Wenigen gegen den Willen von Vielen durchgesetzt werden müssen. Und ja, ich bin kein Spezialist auf dem Gebiet der Atomkraft. Das muss ich aber auch nicht sein, um zu wissen, dass es keinen Frieden mit der tödlichen Atomindustrie geben kann! Bereits in den 70er und 80er Jahren entwickelte sich vor allem in Deutschland und Italien, aber auch in Österreich, eine starke Bewegung, die von verschiedensten Individuen getragen wurde und ebenso verschiedene Aktionsformen verwendete. So wurden beispielsweise in Italien über 1000 Starkstromleitungen, die Atomstrom transportieren oder von der Atommafia betrieben wurden, durch Umsägen, Sprengen, Anzünden, usw. zu Fall gebracht und es entstand für die Verantwortlichen ein enormer Sachschaden. In Deutschland waren weitaus mehr Atomkraftwerke geplant und wurden durch Bauplatzbesetzungen, Sabotage an den Baumaschinen und Gebäuden und Angriffe auf die Baustellen verhindert - lediglich ein Viertel aller von der Regierung geplanten Kraftwerke konnte gebaut werden. In Österreich ist das - wie so oft - etwas anders gelaufen, allerdings gab es auch hier vehementer Aktionen dagegen: die Besetzung von Bauplätzen, Anschläge auf die verantwortlichen Firmen und Infrastrukturen. Als sich die Bewegung ausweitete und radikalisierte, wurde nach typisch österreichischem Muster eine Befriedungstaktik angewandt, um selbstorganisierte, direkte Aktionen zu unterbinden: die Volksbefragung 1978. Mit knapper Mehrheit entschieden sich die Teilnehmenden gegen österreichische Kraftwerke. Der Kampf war vermeintlich gewonnen und die Bewegung hörte auf zu existieren. Allerdings hörten nicht alle auf zu kämpfen: Man denke nur an den Angriff auf einen Hochspannungsmasten in Ebergassing 1995, bei dem leider beide Angreifer zu Tode kamen, da der Sprengkörper zu früh explodierte. Der Angriff richtete sich u.A. gegen die Weiterleitung von Atomstrom durch österreichisches Staatsgebiet...



## "Gemeinsam sicher"? BürgerIn = Bulle

Das Innenministerium hat wieder mal eine neue Idee: „community policing“. Dabei handelt es sich um ein Konzept, das das subjektive Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung erhöhen und die Entstehung von Bürgerwehren verhindern soll. Das Ministerium orientiert sich dabei an Konzepten aus den USA und Kanada. BürgerInnen sollen dazu angehalten werden, „sich aktiv an Sicherheitsangelegenheiten in ihrem Lebensumfeld zu beteiligen“. Worum es bei dieser sogenannten Sicherheit genau gehen soll, bleibt dabei völlig unklar. Offenbar geht es den Behörden hauptsächlich darum, dass die soziale Kontrolle und die Überwachung von Verhaltensweisen ausgeweitet werden – sprich: wenn Alle zu Bullen werden, kann es keine Kriminellen mehr geben.

Wenn Alle zu Bullen werden, kann es keine Revoltierenden mehr geben. Ob die Schweine dabei eine Uniform tragen oder nicht, spielt kaum eine Rolle. Mit diesem staatlichen Programm wird der Denunziation, dem Petzen, dem „guten Bürger, der nichts zu verbergen hat“ Tür und Tor geöffnet – und das sogar auf staatlich geförderter Ebene. Der ganze Scheiß startet im April als Pilotprojekt und soll nach der Auswertung und eventuellen Verbesserung in ganz Österreich eingesetzt werden. Für uns ist klar, wie wir Ordnungshütern, Bullen und BürgerInnen – ob mit oder ohne Uniform – begegnen müssen:

**mit tiefster Verachtung und ewigem Hass!**



## Fußfesseln

Der Verein „Neustart“ ist in Österreich zuständig für die gerichtliche Bewährungshilfe und ist maßgebend verantwortlich für die Durchführung und Organisation der elektronischen Fußfessel als Gegenstück – oder vielmehr als Erweiterung – zur physischen Haft. Im März lud der Verein zu einer Tagung in die neue „Justizanstalt Puch“ in Salzburg ein. Wer sich unter den hochrangigen Gästen befand, soll uns hier nur insofern interessieren, als dass es sich dabei ausschließlich um „Gefängnisexperten“ und Vorsitzende von „Neustart“, Richter, Beamte und auch Strafrechtsexperten handelte – also lauter Gesindel, das noch nie selbst die zweifelhafte Ehre eines Gefängnisaufenthalts genossen hat und Leute, die sich bereits seit langem auf der Seite der herrschenden Ordnung in die Thematik „Gefängnis“ eingereiht haben und als VerteidigerInnen der aktuellen Misere arbeiten.

## "Pass auf deine Rolex auf, es ist die Stunde der Revolte!"

**In Frankreich entwickelte sich die letzten Wochen eine starke Bewegung gegen die geplante Reform des Arbeitsrechts, welche die Kürzungen der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeiten und diverse Einschränkungen im Sozialbereich umfasst. Es trifft - wie immer - die Armen und vergrößert die Profite der ohnehin schon Reichen.**

Es ist allseits bekannt, dass in Frankreich im Moment der Ausnahmezustand herrscht. Seit den Terroranschlägen in Paris vom 13. November letzten Jahres hat die Regierung mit der Verhängung dieser Notstandsgesetze etliche Befugnisse mehr, um gegen kritische oder systemfeindliche Regungen und Bewegungen vorzugehen. So überrascht es beispielsweise kaum, dass seit besagtem Tag im November mehrere besetzte Häuser geräumt wurden, Hunderte „Roma ohne festen Wohnsitz“ abgeschoben wurden und Aufenthaltsverbote erhielten, dass Demonstrationen jeglicher Art aus „Sicherheitsgründen“ untersagt wurden, dass eine strikte Gesetzgebung a lá „kein Pardon“ eingeführt wurde, dass...die Liste ließe sich beliebig erweitern.

Spätestens seit dem Erstarken der neoliberalen Wirtschaftsdeologie in den 70er und 80er Jahren und den damit verbundenen „praktischen Experimenten zur Öffnung der Märkte in Südamerika“ ist ebenso Vielen bekannt, dass die Regierung oft in Situationen von gesellschaftlicher Unruhe und Angst die Zügel fester zieht. In Chile und Argentinien waren das seinerzeit z.B. Gesetze, die sich im Weitesten darauf reduzieren lassen, dass die Armen und Besitzlosen dazu gezwungen wurden, mehr Abgaben zu leisten, weniger Lohn zu akzeptieren, länger zu arbeiten und damit unfreiwillig die Profite von einigen Wenigen zu vergrößern. Wenn sie nicht spurten, setzte der Staat auf Folter, Gefängnis, Polizei. Es wurde also dem ganzen Land gewaltvoll ein neues neoliberales Wirtschaftssystem übergestülpt, und das konnte nur mit massiver Repression durchgesetzt werden (allein in Argentinien „verschwand“ in dieser Zeit geschätzte 30 000 Menschen). Auch 2005, als der Hurrikan „Catherina“ weite Teile der USA verwüstete und New Orleans dabei am härtesten getroffen wurde, schickte sich die Regierung sofort dazu an, diese einmalige Chance zu nutzen: statt sofort mit dem Wiederaufbau und der Rettung der Vermissten zu beginnen, wurden als Erstes Gesetze beschlossen, die die früheren BewohnerInnen der Black Communities enteignete und die ehemaligen Armutsviertel wurden einer gravierenden „Aufwertung“ unterzogen. Mittlerweile hat sich dort der Mietpreis im Schnitt um 280 % erhöht... Die Herrschenden nutzen also vorhandene Schocks politischer und wirtschaftlicher Natur und sogar Naturkatastrophen, um ihren Untergebenen ihre Doktrin aufzudrücken und deren Lebensbedingungen noch weiter zu verschlechtern.

Was aktuell in Frankreich geschieht, muss in dieser Kontinuität betrachtet werden, auch wenn die Situationen selbstverständlich nie 1:1 zu vergleichen sind, aber es lassen sich doch einige Gemeinsamkeiten herausstreichen. Die Bevölkerung ist weitestgehend paralyisiert von den Anschlägen und den Auswirkungen des Ausnahmezustands, sogar gemäßigte BürgerInnen sind schockiert über das vollkommene Demonstrationsverbot, das der französische Staatspräsident Hollande und seine Bande durchgesetzt haben. Die Angst vor weiteren Anschlägen, die von den Medien tagtäglich geschürt (gehetzt?) wird, tut ihr übriges und trägt weiterhin zu dieser gesellschaftlichen Schockstarre bei. Ebenso setzt der französische Staat aktuell auf sehr sichtbare und einschüchternde Repression in Form von PolizistInnen und SoldatInnen, die im öffentlichen Raum auftreten, teilweise

Nun haben einige dieser Arschkriecher erneut dafür plädiert, weniger Gefangene in den österreichischen Knästen einzusperren. Selbstverständlich nicht aufgrund einer Kritik an Bestrafung und Einsperrung per se, sondern wegen ökonomischen Interessen. Es sei nämlich einfach nicht mehr wirtschaftlich, Gefangene einzusperren, wenn diese keine Wiederholungstäter seien. Denn Täter, die zum ersten Mal straffällig geworden sind, sollten nicht durch die „Schule der Kriminalität“(Gefängnis) gehen, sondern innerhalb der Gesellschaft verbleiben – wenn auch mit elektronischer Fußfessel und allerhand Einschränkungen in ihrer persönlichen Freiheit. Das wäre billiger und die „Übeltäter“ würden nicht aus ihrem sozialen Umfeld gerissen. An der grundsätzlichen Widerlichkeit von Überwachung und Einsperrung ändert dies freilich nichts. Auch spielt es nur eine zweitrangige Rolle, ob ich mich tatsächlich im physischen Gefängnis befinde, oder ich in einer Gesellschaft lebe, die ein großes Gefängnis unter freiem Himmel darstellt (ohne diese beiden Erscheinungen miteinander gleichsetzen zu wollen!) – von Freiheit kann hier keineswegs die Rede sein. Jedoch platzen die österreichischen Gefängnisse aus allen Nähten und immer wieder werden in Politik & Medien Schreie nach großen Gefängnis-Neubauten laut. Dies zeigt deutlich, worum es sich bei Gefängnissen und deren Vorposten in der Gesellschaft (Fußfessel, Bewährungshilfe, Sozialarbeit, ...) tatsächlich handelt: einerseits um eine lukrative Branche, mit der enormer Profit auf Kosten der Gefangenen gemacht werden kann; andererseits sind diese Vorposten und das Gefängnis der gesellschaftliche Betonmischer, mit dem die herrschenden Zustände Tag für Tag zementiert werden. Damit sich kein Mensch jemals darüber Gedanken macht, wie eine andere Gesellschaft abseits von Ausbeutung und Unterdrückung, Kontrolle und Autorität, Bestrafung und Einsperrung aussehen könnte – und was noch gefährlicher wäre – damit anfängt, diese konkret im Hier und Jetzt zu verwirklichen...

vermummt sind und Maschinengewehre tragen. Sie sind an allen öffentlichen Plätzen und an den wichtigsten Verkehrsknotenpunkten anzutreffen (ähnlich wie in anderen europäischen Großstädten: siehe hierzu den Artikel über Wien in der Ausgabe 6 des UNRUHEHERD, Jänner 2016). Nun ist diese Bewegung in Frankreich eigentlich eine sehr vielseitige und unterschiedliche Angelegenheit, es wäre sehr vereinfachend, sie als etwas Homogenes darzustellen. Die verschiedensten Akteure sind daran beteiligt und agieren teilweise autoritär organisiert, teilweise vollkommen autonom von anderen Strukturen. Die Bewegung setzt sich vielmehr aus nahezu allen gesellschaftlichen Schichten und Kategorien zusammen: SchülerInnen, ArbeiterInnen, StudentInnen, Arbeitslose, Wohnungslose, Fluglotsen, Bahnangestellte, MitarbeiterInnen der Verkehrsbetriebe in ganz Frankreich, ...

Sie alle finden die aktuellen Entwicklungen ziemlich scheiße und kämpfen mit ihren eigenen Mitteln und aufgrund ihrer eigenen Motivationen dagegen an. Was der Beginn einer wunderschönen Revolte gegen Ausbeutung, Staat und Kapital sein könnte, wird natürlich wie so oft von den großen Gewerkschaften versucht zu vereinnahmen. Am großen landesweiten Aktionstag am 31. März beispielsweise, setzte die CGT-Gewerkschaft ihre eigenen Bullen ein, um eine Demo von 10 000 Leuten nicht zum Eskalieren zu bringen, weil es ihren eigenen Zielen widerstreben würde. Diese sog. „OrdnerInnen“ sind mit Knüppeln ausgestattet und umzingelten die Demospitze mit einer starken Menschenkette und Seilen (!), damit diese nicht unkontrolliert ausbrechen könnte. Am Ende der Demo gab es noch eine Keilerei zwischen Anti-Autoritären und diesen selbsternannten Bullen, wobei letztere für ihr Verhalten einige Schläge einstecken mussten...

Jedoch ist die Revolte noch lange nicht verloren. Aktuell kommt es meiner Meinung nach darauf an, diese Revolte und auch die Krawalle auszuweiten und zu intensivieren, damit ein Zurückkehren zur ausbeuterischen Normalität weniger leicht möglich ist. Teilweise konnten durch die direkten Aktionen und die nicht kontrollierbare, unberechenbare Aktion von Einzelnen und Gruppen bereits einige Gesetzesentwürfe abgewehrt werden – die Verantwortlichen haben schlichtweg Angst, es könnte „unkontrollierbar werden“ und eine Situation entstehen wie vor einigen Jahren in den Pariser Vororten, als es den DemonstrantInnen und Vandalen um wesentlich mehr ging, als schlicht um ein singuläres Thema zur Verbesserung ihrer Lebensumstände – nämlich um die Zerstörung des Staates mit all seinen unterdrückenden Strukturen und Institutionen. Um mit einem Zitat aus der aktuellen Bewegung in Frankreich zu schließen:

**„Freiheit für Alle! Dass die AusbeuterInnen und ihre Lakaien krepieren!“**



Dieses Bild zeigt nur eins von vielen angegriffenen Immobilienbüros, Polizeistationen, Banken, ... während der Demos in Paris und Nantes.

## Chronik rebellischer Akte

*Hier werden Momente des Angriffs, der Sabotage, der Revolte gegen Autorität(en), der Wiederaneignung von Überlebensmitteln gesammelt. Der Staat und die Medien versuchen oft Akte des Widerstands und der Revolte zu verheimlichen oder zu verdrehen, damit sich diese nicht so leicht massenhaft ausbreiten können. Viele dieser Akte „schafften“ es nie in die Medien, einiges davon wird uns mündlich zugetragen, anderes ist zu sehen, wenn man sich mit offenen Augen und Ohren durch die Stadt bewegt. Wir finden es daher wichtig, eine eigene Dokumentierung zu kreieren, um so auch der Veinzelnung und der Resignation etwas entgegenzusetzen – wenn du irgendwo etwas entdeckst, was in diese Rubrik passen könnte, lass es uns zukommen.*

### Redaktionshaus von „Zur Zeit“ attackiert

Während am 29. Jänner beim „Akademikerball“ Nazis, Burschenschaftler und Politiker-Arschlöcher das Tanzbein in der Hofburg schlangen, statteten einige Leute dem Redaktionshaus der rechtsextremen Wochenzeitung „Zur Zeit“ einen Besuch ab. Das Gebäude befindet sich in der Engelsberggasse 4 im dritten Wiener Gemeindebezirk und legt offenbar Wert darauf, nicht von Außen als Nazizeitung erkennbar zu sein. Das dürfte jetzt nur noch schwer möglich sein, denn die Angreifer bewarfen die Fassade mit Farbbeuteln und sprühten mehrfach „Nazizeitung!“ an die Wand. Zuletzt machte dieses Schmierblatt auf sich aufmerksam, weil sie zum ersten Mal überhaupt in Wien sogenannte „stille Verkäufer“, also Zeitungsspender auf der Straße, aufstellten, um ihre menschenverachtenden Schriften zu verbreiten. Allerdings wurden die meisten davon laut ihrer eigenen Homepage binnen weniger Stunden fachgerecht entsorgt...

### „Feuerteufel“ von Simmering gefasst...

Seit Ende Jänner wurden in Simmering immer wieder Mistkübel zu Luxusautos geschoben und angezündet, woraufhin die Autos durch das Feuer stark beschädigt wurden. Die Bullen ermittelten und nahmen am 22. Feber einen 29-jährigen fest, als er sich in ähnlicher Weise an einem nagelneuen Sportwagen zu schaffen machte. Unverständlicherweise zeigte er sich den Bullen gegenüber geständig...ohne seine Aussage, würde es den Bullen wesentlich schwerer fallen, ihn dranzukriegen.

### Rassisten-Denkmal stark beschädigt

Mitte Februar warfen Unbekannte mit Farbe gefüllte Plastik-Sackerl auf eines der Denkmäler für den Rassisten und Antisemiten Karl Lueger, das sich am Anfang der Inneren Mariahilferstraße beim Westbahnhof befindet. Sie verursachten dadurch hohen Sachschaden. Schon Adolf Hitler bezog sich positiv auf den ehemaligen Wiener Bürgermeister, lobte seine „deutschnationale Politik“ und pries ihn als den „einzigsten wirklich deutschen Bürgermeister“ an. Dies ist einer von vielen Akten des Vandalismus, die immer wieder an solchen und ähnlichen Denkmälern durchgeführt werden und uns aufgrund der aktuellen rassistischen Entwicklungen in der Gesellschaft umso mehr erfreuen.

### Messer gegen die Polizei

Aufgrund einer angeblich begangenen Sachbeschädigung klopfen die Bullen bei einem Mieter in der Maroltingergasse, um diesen festzunehmen. Der 57-jährige öffnete die Tür und versuchte sich mit einem Messer gegen die Festnahme zu erwehren. Er wurde von den Bullen brutal mit Pfefferspray eingedeckt, zusammengeschlagen und verhaftet. Und das alles, wegen einer angeblich eingeschlagenen Fensterscheibe...Immer wieder wird's offensichtlich, dass die Bullen auf der Seite des Eigentums stehen und lieber einen Menschen verprügeln und in den Knast stecken, als ihren Dienst zu quittieren. Ewiger Hass der Polizei!

### Unch nochmal: Scheiß Bullen!

Ende Februar kontrollierten die Bullen einen Passanten und wollten eine Geldbuße eintreiben, weil dieser bei Rot über die Ampel spazierte. Als sie ihn aufforderten, stehen zu bleiben, beschimpfte der 26-jährige die Bullen und drohte ihnen mit seinem Regenschirm und versuchte immer wieder, mit der Spitze des Schirms auf sie einzustechen. Auch bei der folgenden Festnahme wehrt er sich vorbildlich gegen die Polizei. Schlussendlich konnte er leider trotzdem festgenommen werden...vielleicht hätte es ganz anders ausgesehen, wenn ihm die umstehenden Passanten zur Hilfe gegen die Polizei geeilt wären?

### Brich das Gesetz und seinen Hütern alle Knochen!

Anfang März wurde ein Ladendieb in einem Bekleidungsgeschäft beim Westbahnhof vom Detektiv angehalten und aufgefordert, ihn in seine Tasche blicken zu lassen. Der Dieb weigerte sich, schleuderte ihm die Tasche ins Gesicht, sodass dieser zu Boden ging und er ergriff die Flucht. Jedoch nahm der „Gesetzeshüter“ die Verfolgung auf und es kam zu einer Auseinandersetzung, bei der er vom Dieb geschlagen und gebissen wurde. Leider kamen dem Detektiv ÖBB-Securitys zur Hilfe, sodass der Dieb anschließend festgenommen werden konnte. Ein kürzlich in Wien aufgetauchter Aufkleber bringt es recht schön auf den Punkt: „Brich das Gesetz und seinen Hütern alle Knochen! Wir brauchen keine Bullen, die sich in unsere Angelegenheiten einmischen!“

**Für Lob und Kritik, Textbeiträge, Diskussionsvorschläge, Unruhenachrichten und was dir sonst noch alles einfällt, schreib uns: unruheherd@riseup.net**